Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 15. Mai 2008.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU erläuterte die Verwaltung, dass es in Düsseldorf 156 selbständige Stiftungen gibt, die gemeinnützige Zwecke in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales unterstützen. Die Stadt verwaltet 19 unselbständige Stiftungen mit einem Stiftungsvermögen von 9,5 Mio. Euro. Seit 2002 gibt es einen Flyer, um Bürgerinnen und Bürgern für das Engagement in Stiftungen zu gewinnen. Die von der Stadtparkasse gegründete Bürgerstiftung hat zahlreiche Projekte vor allem im Kinder- und Jugendbereich gefördert.

Auf Anfrage der CDU zum "Drehort Düsseldorf" erläuterte die Verwaltung, dass sich die Anzahl der Fernseh-, Kino- und Werbefilme, die hier produziert wurden, von 22 in 2002 auf 50 in 2007 erhöhten. Beliebte Drehorte sind die KÖ, das Rheinufer, der Medienhafen, der Hofgarten. Finanzielle Unterstützungen werden nicht gewährt. Aufgrund einer Anfrage der CDU zum Thema „Mehrgenerationen-Flächen“ erläuterte die Verwaltung, dass es generationenübergreifende Nutzungen im Nord- und Südpark sowie auf einigen Plätzen gibt. Zurzeit wird ein Konzept erarbeitet, um älteren Menschen Fitnessmöglichkeiten im Freien zu ermöglichen, wobei allerdings auf die Erfahrung von Bochum-Dahlhausen verwiesen wurde, wo diese Fitnessangebote separat von Kinderspielplätzen angeboten werden. Der Seniorenbeirat soll in die Konzeption einbezogen werden.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zur Unterbringung von Flüchtlingen erläuterte die Verwaltung dass nach Schließung der Zentralen Ausländerbehörde und Aufgabe des Schiffes Siesta seit 1.1.2008 nur 2 Personen zugewiesen wurden. Insgesamt sind zur Zeit 320 Personen, davon 85 unter 16 Jahren, in Düsseldorf untergebracht. Von den zur Zeit 7 Heimen mit 573 Plätzen werden 2 mit 122 Plätzen zum 1.7.2008 geschlossen. Seit Jahren wird der Ansatz verfolgt, die Flüchtlinge in kleineren Heimen und Wohnprojekten unterzubringen, um eine Gettoisierung zu verhindern. Sobald es nach den gesetzlichen Vorgaben möglich ist, erfolgt eine Vermittlung in den Wohnungsmarkt.

■ Anträge der Fraktionen

Bei Enthaltung von Lemmer stellte der Rat aufgrund eines interfraktionellen Antrages jeweils 50.000 EURO für die Opfer der Naturkatastrophen in Myanmar und China außerplanmäßig bereit. Um eine direkte Hilfe vor Ort sicherzustellen, werden mit Behörden und Hilfsorganisationen konkrete Projekte abgestimmt.

Der Antrag von BÜ 90, eine Resolution zu Menschenrechten in China – Das Laogai-System der chinesischen Arbeitslager muss beendet werden, zu verabschieden, wurde abgelehnt von CDU, FDP, 1 Stimme linke Liste, bei Enthaltung 1 Stimme Düsseldorfer Bündnis, 1 Stimme linke Liste, Lemmer, Yimbou. Die CDU erklärte, nichts davon zu halten, die Bemühungen der Bundesregierung durch Kakophonie kommunaler Beschlussfassungen zu schwächen. Die FDP forderte auf, keine diffizilen politischen Diskussionen im Rat zu führen sondern dort, wo sie hingehören. Über einen Änderungsantrag der linken Liste, die ILO-Kernarbeitsnormen als Maßstab bei städtischen Tochtergesellschaften zur Bedingung zu machen, wurde nicht mehr abgestimmt.

Abgelehnt wurde von CDU, FDP, BÜ 90 und Reichert (Enthaltung Yimbou) der SPD-Antrag, im Rahmen des Werkstattverfahrens für das Gelände der ehemaligen Gerresheimer Glashütte einen Standort für ein Stadtteilschwimmbad in das Pflichtenheft für die beteiligten Planerteams aufzunehmen. Die CDU nannte den Antrag ziemlich dumm, gefährlich, populistisch und vollkommen absurd. BÜ 90 erklärte, dass das Allwetterbad in Flingern zu einem Wettkampfbad und die Strandbäder am Unterbacher See ausgebaut werden. Dies wären gut erreichbare Alternativen.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm den Jahresabschluss der Stadtparkasse zur Kenntnis (Enthaltung linke Liste) und entlastete den Verwaltungsrat, den Kreditausschuss (Enthaltung Yimbou) und die Vorstandsmitglieder Peter Fröhlich (gegen linke Liste, Enthaltung Lemmer) und Bernd Eversmann (gegen linke Liste, Enthaltung Lemmer und Yimbou) für das Jahr 2007. Den ehemaligen Vorstandsmitgliedern Karl-Heinz Stiegemann und Heinz-Martin Humme verweigerte der Rat einstimmig die Entlastung. Mit den Stimmen von CDU und FDP beschloss der Rat, einen Teilbetrag des Bilanzgewinnes von 9 Mio. Euro der Stadt zuzuführen. Über den Antrag von SPD und BÜ 90, wie im Haushalt vorgesehen nur einen Betrag von 4 Mio. Euro an die Stadt auszuschütten, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Rat beschloss einstimmig aufgrund der im Dezember 2007 beschlossenen Satzung zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung eine Geschäftsordnung des Behindertenbeirates. Dieser soll mindestens zweimal jährlich tagen und den Rat und seine Ausschüsse sowie die Verwaltung in Behindertenfragen und Empfehlungen zur Integration von Menschen mit Behinderungen unterstützen. Der Behindertenbeirat ist Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen und benennt Teilnehmer für die Ausschüsse des Rates.

Der Rat beschloss bei Enthaltung einer Stimme Düsseldorf Bündnis das Handlungskonzept „Zukunftsaufgabe Wohnen im Alter“, in das Ergebnisse der Fachtagungen „Wohnen im Alter“ und „Dialog zur Stadtentwicklung“ eingeflossen sind. Als Handlungsempfehlungen für den Neubau wird die Information potenzieller Investoren und die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema barrierefreier Wohnungsbau formuliert. Als Handlungsempfehlung für den Wohnungsbestand wird die Förderung von Umbaumaßnahmen (siehe nachfolgende Richtlinien) und die Intensivierung der Informationsangebote der Wohnberatung gesehen. Für Wohnen in Gemeinschaft soll die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut, und zur Koordinierung und Begleitung von Wohnprojektgruppen sollen geringfügige Mittel bereitgestellt werden. Die SPD beantragte, jährlich weitere mindestens 250 Wohneinheiten barrierefrei im Neubaubereich zu errichten bzw. im Bestand umzubauen, beim Verkauf städtischer Grundstücke zur Auflage zu machen, dass mindestens 1/3 der Wohnungen barrierefrei errichtet werden, in Kooperation mit großen Wohnungsgesellschaften und Privateigentümern ein Bestandsverzeichnis aller Wohnungen anzulegen, die barrierefrei und barrierearm sind, und die Lebensbedingungen und Wohnformen älterer Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Dieser Ergänzungsantrag wurde von CDU, FDP abgelehnt, Enthaltung Düsseldorf Bündnis. Der Ergänzungsantrag von BÜ 90, unterschiedliche geschlechtsspezifische Erfordernisse zu berücksichtigen, einen Stadtteil in den nächsten 10 Jahren vorbildlich altengerecht umzubauen und die Wohnbedürfnisse älterer Migranten und Migrantinnen zu ermitteln und zu berücksichtigen wurde von CDU und FDP abgelehnt, Enthaltung SPD und Düsseldorf Bündnis.

Als Teil des Handlungskonzeptes beschloss der Rat einstimmig Richtlinien für ein Zuschussprogramm für die Förderung baulicher Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand und stellte hierfür rd. 1,8 Mio. Euro für 2008 außerplanmäßig bereit.

■ Personalien

Der Rat wählte

- die Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss. Die SPD wird vertreten durch Alfred Syska und Helga Leibauer, Vertreter sind Annette Steller und Angelika Wien-Mroß (Enthaltung linke Liste);
- anstelle von Iris Bellstedt Clara Deilmann (BÜ 90) in den Aufsichtsrat der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH (gegen Reichert, Lemmer, Enthaltung Laubenburg, Krüger);
- Frau Almut Spelberg als Nachfolgerin für Klaus Klein als sachverständige Bürgerin für Beratungen des Kulturausschusses über Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz (einstimmig);
- Frau Brigitte Schmidt-Weber wieder als Schiedsfrau für den Bezirk Friedrichstadt/Unterbilk (einstimmig).

■ Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung

- des Umbaus eines Tennenspielfeldes in ein Kunstrasenspielfeld auf der Bezirkssportanlage Wilhelm-Unger-Straße (Rather Waldstadion) mit voraussichtlichen Kosten von 0,7 Mio. Euro und stellte die entsprechenden Planungsmittel bereit;
- des Neubaus eines zweiten Kunstrasenspielfeldes einschl. Trainingsbeleuchtung auf der Bezirkssportanlage Sportpark Niederheid für die Vereine SFD 75, Union Maroc, Gehörlosensportverein und Vatangücü e.V. mit Kosten von 0,82 Mio. Euro und stellte die entsprechenden Planungsmittel bereit;

Der Rat beschloss einstimmig

- die Modernisierung der Sportanlage Fleher Straße 220 d (SV Grün-Weiß-Rot e.V.) mit Gesamtkosten von 0,65 Mio. Euro. Neben dem Umbau des Tennenspielfeldes in ein Rasenspielfeld sind eine Crosslaufstrecke, eine Beachvolleyballanlage mit zwei Spielfeldern, eine Bouleanlage und eine Gymnastikwiese geplant;
- den Umbau des Tennenspielfeldes in ein Kunstrasenspielfeld nebst Erneuerung der Beleuchtung auf der Bezirkssportanlage Franz-Rennefeld-Weg (Sportgemeinschaft Düsseldorf-Unterrath) mit Gesamtkosten von 0,69 Mio. Euro;
- den Neubau eines zweigeschossigen Umkleidegebäudes für die Vereins- und Schulsportanlage Kikweg mit Gesamtkosten von 1,28 Mio. Euro, wobei 0,26 Mio. noch im Haushaltsjahr 2009 veranschlagt werden müssen;
- den Neubau und die Erschließung der Kleingartenanlage Nördlich Aderdamm mit Gesamtkosten von 2 Mio. Euro. Das Gartengelände mit 160 Parzellen dient als Ersatzstandort für die an der Plockstraße durch ein Gewerbegebiet überplanten Gartenanlagen der Vereine „Kriegsbeschädigte Unterbilk“ und „Zum zufriedenen Süden“. Die Kleingärten erhalten einen Trinkwasseranschluss, eine Bodenplatte für die Errichtung der Gartenlauben mit Aussparungen für Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Vorrichtungen für die Stromversorgung durch Leerrohre.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.